

# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Zum Denken und Fühlen ..

Nein, Herr Juncker, das geht gar nicht! Was innerhalb der Europäischen Union geschieht entscheiden immer noch die 27 gewählten Regierungen der Mitgliedsstaaten (Exekutive) und deren von Bürgerinnen und Bürgern gewählte Parlamente (Legislative). Das Ringen um 27 unterschiedliche Interessenslagen, Identitäten und Zielvorstellungen mag anstrengend und mühevoll sein, aber es ist der einzige Weg, um immer wieder bei Themen Einigkeit oder Kompromisse zu erreichen. Und Sie unterstützen uns bitte ausschließlich dabei, vereinbarte Verträge auch einzuhalten!

So eine deutliche Reaktion habe ich nirgendwo gehört. Die Mitgliedsstaaten schweigen, beschwichtigen, äußern kleine Bedenken. Deutschland schweigt sowieso, dabei hat es von 27 Staaten am meisten zu verlieren. Souveranität, Wirtschaftskraft, Leistung, Würde.

Ich bin dankbar für die Stimme Christian Linders in der Debatte. Aber sie ist zu dünn, zumal wenn Graf Lambsdorff . wie ich es in Bad Homburg vor kurzem selbst erleben durfte . genau das Gegenteil sagt und sich dabei auch gerne einmal vom Wahlprogramm entfernt.

Wenn Juncker nach der Bundestagswahl Gehör findet und nach und nach die Staaten Europas sich selbst entmachten, dann wird das rechten Kräften einen ungeahnten

Aufschwung verleihen. Das können wir als Liberale nicht wollen.

Ich stimme Herrn Juncker nur in einem zu: Für die Freiheit müssen wir kämpfen. In der Tat. Und ich werde kämpfen, auch wenn ich auch in unserer Partei vermutlich in der Minderheit bin.

Denn meine Europäische Union ist nicht ein farbloses, gleichgeschaltetes Wesen in den Händen der Brüsseler Bürokraten, in dem eine sozialistische Verteilungspolitik so lange transferiert, lenkt und steuert, bis die Nettobeitragsländer selbst so arm sind wie die anderen (Siehe dazu weiter unten auch die Mitteilung der Kommission zur intelligenten Spezialisierung Europas. Für mich ein Albtraum) Meine Europäische Union besteht aus stolzen europäischen Staaten, die einander nicht missbrauchen und ausnutzen, sondern auf Augenhöhe alles gemeinsam anpacken, was stärkt und ansonsten sich einander die Freiheit in Fairness lassen, anders und bunt zu sein. Dazu brauchen wir aber Parlamente, die wieder wissen, wozu sie da sind (der Bundestag muss nach der Merkel-Lähmung wieder aufwachen) und Regierungen, die sich nicht schämen, wie Frankreich offen ihre Interessen zu vertreten.

Das Vereinigte Königreich hat das alles kommen sehen und zieht sich zurück. Für die Länder auf dem Kontinent ist das keine Alternative. Aber wie wir zusammenleben, sollten wir selbst gestalten.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Ich wage eine Gegenvision:

1. Abschaffung des EU-Parlaments, dafür aber eine Kammer, in der die 27 Parlamente Mitglieder ihrer Parlamente entsenden. Damit ist gewährleistet, dass nicht permanent losgelöst von den Menschen EU-Politik gemacht wird.
2. Massive Verkleinerung der EU-Kommission, die nur mit Kontrolle und Unterstützung der Umsetzung von Beschlüssen betraut ist.
3. Ausbau des Europäischen Rats, damit die Regierungschefs und deren Minister endlich für das Thema EU Verantwortung übernehmen und in permanenter Rückkoppelung mit den Bürgern die Entscheidungen treffen.

Wenn sich die europäische und politische Wirklichkeit dann irgendwo dazwischen abspielt, wäre das schon eine große Erleichterung. Wir brauchen eine neue Politik und eine neue EU. Auch hier sollten wir neu denken.

## Europäischer Rat

### Deutsch-Französischer Ministerratsbeschluss zur Entsende-Richtlinie

Die Neufassung der Arbeitnehmerentsende-Richtlinien wird derzeit in den Gremien der Ratsarbeitsgruppe Sozialfragen sowie im EP diskutiert. Dazu tagte am 13.07.2017 der deutsch-französische Ministerrat und beschloss im Feld der Arbeits-/Sozialpolitik zum gemeinsamen Kampf gegen Sozialdumping den Einsatz für eine Überarbeitung

der Entsende-Richtlinie, für einen offenen und geregelten Welthandel, mehr Gegenseitigkeit beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen und eine Prüfung von in Europa durchgeführten strategischen Investitionen. Der Ministerrat hatte speziell folgende Formulierung zur Entsende-Richtlinie beschlossen: „Die europäische Dienstleistungsfreiheit muss mit der Wahrung von Arbeitnehmerrechten und gerechten Wettbewerbsbedingungen in Einklang gebracht werden.“ Daher wolle man nun eine gemeinsame Position gemäß dem Prinzip „Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsort“ entwickeln. FRA und DEU wollen laut des Beschlusses insgesamt neue Impulse für ein sozialeres Europa geben, das sich auf einige für die Bürger klare, sichtbare und sinnvolle Schwerpunkte stützt. Mittlerweile haben ND, AUT und andere Mitgliedsstaaten (MS) sich dem DEU-FRA-Ministerratsbeschluss angeschlossen. Strittig bleibt das Vorhaben hingegen in einigen Mittel- und Südosteuropäischen MS, vor allem POL, HUN, LET, ROM und BUL.

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2017/07/2017-07-13-erklaerung-d-f-minister-rat.html;jsessionid=EFE09F0682518069A71CF782AEF7A361.s2t2>

### Rat präsentiert seinen Standpunkt zum Entwurf des EU-Haushaltsplans für 2018

Am 12.09.2017 hat der Rat dem Plenum des EP seinen Standpunkt zum Entwurf des EU-Haushaltsplans 2018 vorgestellt, nach



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

dem er ihn bereits am 04.09.2017 formell angenommen hatte. Die zentralen Prioritäten sind hiernach erneut die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung des Wirtschaftswachstums, Sicherheit und die Lösung der Migrationsprobleme. Die Verpflichtungsermächtigungen sollen auf 158,9 Mrd. " steigen. Dies sind 0,6 % mehr im Vergleich zu 2017 und 1,7 % weniger als von der Kommission vorgeschlagen. Die Zahlungsermächtigungen sollen auf 144,4 Mrd. " angehoben werden, was einer Steigerung von 7,4 % im Vergleich zu 2017 entspricht und nur 1 % weniger ist, als der Vorschlag der Kommission vorsieht.

Kommissar Günther Oettinger, zuständig für Haushalt und Personal, erklärte, dass er mit einer baldigen Einigung über den Haushalt 2018 rechne. Der Brexit habe keine Auswirkungen auf den Haushalt 2018. Kürzungen dürften nicht zu einer Anhäufung unbezahlter Rechnungen am Ende der Förderperiode führen. Er warnte davor, dass Kürzungen im Bereich von Forschung und Entwicklung zu Wettbewerbsnachteilen und zu Projektverzögerungen führen könnten. Die Berichterstatter Siegfried Muresan (EVP/ROU) und Richard Ashworth (EKR/GBR) lobten die vorgeschlagene Prioritätensetzung. Muresan warnte aber vor einem Verlust der Glaubwürdigkeit des Parlaments im Fall von Kürzungen bei den Mitteln für Innovationen und Infrastrukturprojekte. Eine Anhäufung unbezahlter Rechnungen müsse vermieden werden. Ashworth forderte, dass der Datenschutzbeauftragte, der Europäische Rechnungshof und der EuGH von Kürzungen verschont bleiben sollten. Im Gegenzug schlug er vor, an

anderen Stellen Effizienzeinsparungen vorzunehmen, unter anderem beim Ausschuss der Regionen.

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/DE/vod.html?mode=unit&vodLanguage=DE&vodId=1505221608875>

Pressemitteilung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/press-releases-pdf/2017/9/47244663011\\_de.pdf](http://www.consilium.europa.eu/press-releases-pdf/2017/9/47244663011_de.pdf)

Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2018:

<http://eur-lex.europa.eu/budget/www/index-de.htm>

## Europäische Kommission

### Kommission veröffentlicht Mitteilung zur intelligenten Spezialisierung in Europas Regionen

Die Kommission hat am 18.07.2017 eine Mitteilung zur intelligenten Spezialisierung in Europas Regionen vorgelegt. Die Mitteilung trägt den Titel „Stärkung der Innovation in Europas Regionen: Beitrag zu einem widerstandsfähigen, inklusiven und nachhaltigen Wachstum auf territorialer Ebene“.

#### I. Hintergrund und Kernanliegen

Globalisierung, Automatisierung, Dekarbonisierung sowie neue und digitale Technologien haben Folgen für Arbeitsplätze, Wirtschaftszweige und Geschäftsmodelle und damit für Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Notwendig ist daher aus der Sicht der Kommission eine Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger Europas bei der Anpassung an diese tiefgreifenden Änderungen und eine Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU-Wirtschaft.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Die EU müsse eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung aller Regionen und Mitgliedstaaten spielen, damit diese ihr Potential in Bezug auf Innovation, Wettbewerbsfähigkeit sowie nachhaltige Arbeitsplätze und Wachstum erschließen können. Eine wichtige Rolle spielen dabei Strategien der intelligenten Spezialisierung. Dadurch sollen die Regionen in die Lage versetzt werden, ihre Bedürfnisse, Stärken und Wettbewerbsvorteile in marktfähige Waren und Dienstleistungen zu verwandeln (insbesondere durch Prioritätensetzung bei öffentlichen Forschungs- und Innovationsinvestitionen, der Nutzung regionaler Wettbewerbsvorteile zur Erschließung von Marktchancen in neuen interregionalen und europäischen Wertschöpfungsketten etc.).

## II. Maßnahmen

Der Ansatz der intelligenten Spezialisierung wurde in die Kohäsionspolitik für die Förderperiode 2014 . 2020 bereits aufgenommen (mehr als 120 Strategien der intelligenten Spezialisierung in den Mitgliedstaaten und Regionen; ex-ante-Konditionalitäten). In ihrer nun veröffentlichten Mitteilung identifiziert die Kommission vier Herausforderungen, die es zu bewältigen gelte, und schlägt Maßnahmen vor:

1. Fortsetzung der Reform der Forschungs- und Innovationssysteme innerhalb der Regionen (Vorschläge der Kommission sind unter anderem: Intensivierung der Reformanstrengungen, beispielsweise durch bessere Nutzung der Cluster und Unterstützung der KMU-Politik, ergänzt durch den Dialog *sCluster Excellence* verstärkte

Anstrengungen der Kommission zur Unterstützung; Aufruf an die Mitgliedstaaten zur Nutzung dieser Unterstützung, zur Stärkung des Dialogs mit Interessenträgern im Rahmen des europäischen Semesters, zur besseren Verknüpfung der beruflichen Aus- und Weiterbildungssysteme mit den Prioritäten der intelligenten Spezialisierung).

2. Ausbau der regionenübergreifenden Zusammenarbeit bei Innovationsinvestitionen (Vorschläge der Kommission sind unter anderem: EU-finanziertes Pilotprojekt zur Ausweitung interregionaler Innovationsprojekte, thematische Partnerschaften, thematische Plattformen).

3. Mobilisierung von Forschung und Innovation in weniger entwickelten und in vom industriellen Wandel betroffenen Regionen (Vorschläge der Kommission sind unter anderem: EU-finanziertes Pilotprojekt, Unterstützung durch Kommissionsexperten, aus dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE) geförderte technische Hilfsmaßnahmen, Maßnahmen im Hinblick auf den wirtschaftlichen Wandel, Beratung zur Kombination von Europäischem Fonds für strategische Investitionen (EFSI) und Kohäsionsmitteln).

4. Erleichterung von Synergien zwischen EU-Strategien und -Instrumenten (Vorschläge der Kommission sind unter anderem: enger Dialog der Kommission mit nationalen und regionalen Behörden, Erleichterung der kombinierten Nutzung verschiedener Fonds, Angleichung von Vorschriften, Erleichterung transnationaler Investitionen; Verweis auf die Ergebnisse der High Level-Group zur Vereinfachung der Struktur- und Investitionsfonds).



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

### III. Länderprofile: Intelligente Spezialisierung in Deutschland

Die Kommission hat für jeden Mitgliedstaat eine Übersicht zur Innovationsleistung veröffentlicht. Deutschland wird . ebenso wie UK, Finnland, Schweden, Dänemark und die Niederlande . als ein Innovation Leader bezeichnet. Hauptbereiche intelligenter Spezialisierung in Deutschland sind laut Kommission: 1. Fertigung und Industrie, 2. Schlüsseltechnologien, 3. Informations- und Kommunikationstechnik, 4. Nachhaltige Innovation, 5. Gesundheits- und Sozialwesen. Innerhalb Deutschlands ergibt sich ein durchaus heterogenes Bild. In der obersten Kategorie (leading +%) befindet sich Oberbayern.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-17-1995\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1995_de.htm)

Mitteilung der Kommission: Stärkung der Innovation in Europas Regionen:

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=COM:2017:376:FIN&rid=1>

Faktenblatt der Kommission: Künftige Herausforderungen: Förderung von innovativem Wachstum in den Regionen der EU:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-17-1994\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-17-1994_de.htm)

Faktenblatt der Kommission: Pilotmaßnahmen: Intelligente Spezialisierung (in englischer Sprache):

[http://europa.eu/rapid/attachment/IP-17-1995/en/SmartSpecialisation\\_PilotActions.pdf](http://europa.eu/rapid/attachment/IP-17-1995/en/SmartSpecialisation_PilotActions.pdf)

Faktenblatt der Kommission: Intelligente Spezialisierung (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docgen/guides/smart\\_spec/strength\\_innov\\_regions\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgen/guides/smart_spec/strength_innov_regions_en.pdf)

### Mit dem Brexit fehlen 10 Mrd. " im EU-Budget

In ihrem letzten von fünf Reflexionspapieren, vorgestellt am 28. Juni 2017, hat die EU-Kommission ihre Sicht auf die Finanzierung der Union unter geänderten Voraussetzungen dargelegt. Mit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs im Jahr 2019 werden im 145 Mrd. Euro umfassenden Budget (2015) zehn Mrd. Euro fehlen. Außerdem kommen durch die geänderte weltpolitische Lage . Bürgerkrieg und Migrationsströme . neue Aufgaben auf die Europäische Union zu: Schutz der EU-Außengrenzen, Professionalisierung der EU-Migrationspolitik, Erhöhung der inneren und äußeren Sicherheit.

Die genannten Anforderungen stoßen auf eine haushaltspolitische Schwerpunktsetzung der Union, die laut DIHK nur mit der allmählichen Fortschreibung ihrer Lösungen auf längst vergangene Herausforderungen erklärbar ist: Die größten Teile ihres Budgets entfallen wie auf den Agrarbereich (39 %) und die Kohäsionspolitik (34 %). Ein deutlich geringerer Teil (13 %) ist für die Programme zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung vorgesehen.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## DIHK kritisiert Binnenmarktinformationsinstrument der Kommission als unnötig und bürokratisch

Der DIHK hat eine Stellungnahme zu dem umstrittenen Vorschlag der EU-Kommission für ein Binnenmarkt-Informationssystem (Single Market Information Tool, SMIT) abgegeben. Die Verordnung soll es der Kommission ermöglichen, direkt Auskunftersuchen an Unternehmen zu richten, wenn sie Informationen zur Überwachung des Binnenmarkts benötigt. Dies kann zum Beispiel Daten zur Kostenstruktur, zur Preispolitik oder zum verkauften Produktvolumen umfassen, also sensible Daten, die die Wettbewerbsposition des Unternehmens betreffen. Der DIHK plädiert dafür, dass das Vorhaben noch einmal grundsätzlich auf seine Notwendigkeit geprüft werden muss. Auf nationaler und EU-Ebene werden durch öffentliche und wissenschaftliche Stellen wie auch durch Verbände viele Daten erhoben. Wenn Daten im konkreten Anwendungsfall nicht hinreichend aussagekräftig sind, ist es zunächst wichtig, die Datenerhebung und -verarbeitung zu verbessern, bevor Unternehmen belastet werden. Ein Ausbau der Kooperation gerade mit Verbänden und allenfalls eine freiwillige Teilnahme der Unternehmen wären jedenfalls weniger einschneidende Mittel.

Das Instrument dürfte zudem nur als ultima ratio eingesetzt werden, wenn die Daten nicht auf andere Weise ermittelt werden können. Der Anwendungsbereich müsste präzisiert und begrenzt, das Verfahren konkretisiert werden. Darüber hinaus müsste sichergestellt werden, dass Unternehmen durch neue Berichtspflichten nicht überfor-

dert werden. Kleine und mittlere Unternehmen sollten ausgeklammert werden. Außerdem müssen persönliche Daten und Geschäftsgeheimnisse ausreichend geschützt werden. Unternehmen sollten Auskunftersuchen zu geschützten Informationen zurückweisen können. Die Sanktionen sollten in jedem Fall gestrichen oder zumindest das unangemessen hohe Maß reduziert werden. Dies gilt insbesondere deshalb, weil Auskunftersuchen auch an unbeteiligte Dritte gestellt werden könnten, deren Verhalten in keinem direkten Zusammenhang zu einer zu untersuchenden Binnenmarktstörung steht.

## Emissionshandel: Schweiz und EU verknüpfen Systeme

Nach mehrjährigen Verhandlungen haben sich die EU-Kommission und die Schweizer Regierung bereits im letzten Jahr auf eine Verknüpfung ihrer Emissionshandelssysteme verständigt. Die Kommission hat nun am 16. August die Mitgliedsstaaten gebeten, ihre Zustimmung zur Unterzeichnung und Verabschiedung des Abkommens zu geben.

Die Vereinbarung sieht eine gegenseitige Anerkennung der Emissionszertifikate vor. Dies bedeutet, dass europäische Unternehmen, die dem ETS unterliegen, zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen Schweizer Zertifikate ersteigern können. Unternehmen mit überschüssigen Zertifikaten können diese an Schweizer Abnehmer verkaufen. Das gleiche gilt für die Nutzung von EU-Zertifikaten in der Schweiz. Die Schweiz hat sich zudem dazu verpflichtet, den nationa-



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

len Luftverkehr mit Beginn der Verknüpfung in sein Handelssystem einzubeziehen.

Die Kommission geht davon aus, dass die Mitgliedsstaaten noch bis Ende des Jahres den Weg für die Unterzeichnung des Abkommens ebnen. Daraufhin werden die EU und die Schweiz die technische Umsetzung angehen. Ist diese abgeschlossen, wird das Abkommen ratifiziert und tritt ein Jahr später in Kraft. Die Kommission rechnet damit, dass die Verbindung der Systeme frühestens 2019 wirksam wird. Das Europäische Parlament muss dem Abschluss des Abkommens ebenfalls zustimmen.

Die Verbindung der Handelssysteme soll die Liquidität der Märkte stärken und die Kosteneffizienz der Emissionsminderungen erhöhen. Die zu erwartende Preiskonvergenz soll darüber hinaus zu einer Angleichung der Wettbewerbsbedingungen für europäische und Schweizer Unternehmen beitragen.

## Europäische Einfuhrzölle für Mais, Hirse und Roggen angepasst

Am 01.09.2017 gab die Kommission bekannt, dass aufgrund des schwächeren US-Dollars auch der Preis für amerikanischen Mais gesunken sei. Der europäische Einfuhrzoll wird deshalb auf Basis der EU-Verordnung Nr. 642/2010 angepasst, um europäische Hersteller zu schützen. Dies erfolgt durch einen automatischen Preismechanismus, der den europäischen Referenzpreis mit dem US Preis vergleicht. Die Einfuhrabgaben sind ab dem 01.09.2017 festgelegt und gelten, bis eine erneute Anpassung notwendig ist.

<http://eur-lex.europa.eu/legal-con->

[tent/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32017R1517&qid=1504241119770&from=EN](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32017R1517&qid=1504241119770&from=EN)

## **Europäisches Parlament**

### EP billigt neue Verordnung zur Gasversorgungssicherheit

Das EP hat am 12.09.2017 eine neue Verordnung zur Gasversorgungssicherheit mit 567 Stimmen gebilligt. Die neuen Bestimmungen sehen gemeinsame, regional koordinierte Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten zur Sicherung der Gasversorgung vor. Sie sollen es der EU ermöglichen, besser für Störungen der Gasversorgung vorzusorgen und Krisen im Ernstfall effektiver zu bewältigen. Mit der neuen Verordnung wird das Solidaritätsprinzip eingeführt, das vorsieht, dass die Mitgliedstaaten Nachbarländer im Falle einer schweren Versorgungskrise unterstützen müssen. Darüber hinaus sieht die neue Verordnung eine engere regionale Zusammenarbeit in der Bewertung von Versorgungsrisiken und bei der Entwicklung einer Vereinbarung zu gemeinsamen Präventions- und Krisenbewältigungsmaßnahmen vor. Um die Transparenz zu erhöhen, müssen Erdgasunternehmen langfristige und für die Versorgungssicherheit relevante Verträge an die Kommission melden. Eine politische Einigung zwischen Rat und EP war bereits im April 2017 erzielt worden. Als nächste Schritte sind die formale Zustimmung des Rates und anschließend die Veröffentlichung der Verordnung im EU-Amtsblatt vorgesehen.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20170908IPR83456/sicherstellung-der-gasversorgung-inder-eu>

**Auswahl und Redaktion:**



## **Dagmar Weiner**

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und  
OV Neu-Isenburg  
Mitglied im Landesfachausschuss Internationale Politik

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg  
E-Mail: [d.weiner@fdp-kreis-of.de](mailto:d.weiner@fdp-kreis-of.de)

*Ausgabe 12/2017, 17. September 2017*

